



Susanne Steffgen im Rat der Gemeinde Ganderkesee

Frau Bürgermeisterin
Alice Gerken
Mühlenstraße 2-4
27777 Ganderkesee

Die Linke
Susanne Steffgen
Adelheider Straße 23a
27777 Ganderkesee

E-Mail: Rathaus@sozial-gut.de
Homepage: www.sozial-gut.de
Tel. 04222-7744901
Mobile: 0162-3298243

Ganderkesee, den 01.06.2018

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

gemäß der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Ganderkesee stellt Frau Susanne Steffgen, die LINKE, den nachfolgenden Antrag:

Der Rat der Gemeinde Ganderkesee möge beschließen:

1. Das die Drucksache Nr. 2018/107 geändert werden muss. So das es keine Benachteiligung von Menschen mit Einschränkungen entsteht. Es wird in der Drucksache 2018/107 ganz klar eine Besser Stellung von Menschen ohne Einschränkungen beantragt. Laut Grundgesetz Artikel 3 Satz 2 sind Menschen mit Einschränkungen mit Gesunden Menschen gleich zu stellen.
2. **Sollte vom Rat dies nicht möglich / gewollt sein. Beantrage ich diese Drucksache 2018/107 zurück zustellen. Es soll dann im Ausschuss Soziales und Gesellschaft nochmals beraten und besprochen werden.**

Begründung;

UN-Behindertenrechtskonvention:
Artikel 29: Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Besagt das Menschen mit Einschränkungen einen Ausgleich zu steht, für den Teil wo mehr kosten

entstehen, welche Gesunde Menschen nicht haben.

Ich finde es von der Sache her sehr gut das dieser Antrag von der SPD gestellt wurde. Auch finde ich es gut für die Zukunft die Fahrtkostenpauschale für alle Fahrten auch außerhalb des Gemeindegebietes zu 100% übernommen werden. Denn man weiß ja nie wohin die nächste Sitzung/Einladung von der Bürgermeisterin hin geht.

Das alle die mit einem eigenen PKW zur Sitzung fahren (können) eine zur Zeit 30 Cent pro gefahrenen Kilometer, als Aufwandsentschädigung bekommen.

Jedoch ist laut Grundgesetz Menschen mit Einschränkungen nicht schlechter zu stellen als Gesunde Menschen. Was jedoch mit dieser Drucksache 2018/107 gemacht wird. Wenn Menschen die durch ihre Geistige, Physische und/oder Körperliche Einschränkungen z.B. ein Taxi und/oder ein Rollstuhl Taxi benötigt, hat eine deutlich höhere Kilometer Pauschale plus Anfahrt Pauschale. Meines Erachtens liegt die Kilometer Pauschale beim Taxi ca. 1,80 € plus Anfahrt Pauschale plus Rollstuhl Zuschlag, wenn nötig. Was z.B. bei einer Fahrt nach Hude Rathaus Hin und zurück bei ca. 60 € bis 65 € liegt. Dieser Deutlicher Mehraufwand muss / sollte ausgeglichen werden, so das Gesunde Menschen und Menschen mit Geistige, Physische und/oder Körperliche Einschränkungen gleich gestellt sind/werden. Es geht in keiner weise darum das diese Menschen sich bereichern. Es dient ausschließlich nur dazu, das die Teilhabe von allen Ratsmitgliedern ermöglicht wird. Unter fairen und gleichen Bedingungen für alle. Es kann jede/n von uns und zu jeder Zeit treffen, so das auch Sie auf eine Unterstützung angewiesen sind/werden.

Deshalb beantrage ich das die Pauschale von 20 € / 30 € entfernt werden muss. Es sollte viel mehr lauten wie unter Artikel 1 Satz 3.

„ §6 Abs. 1 wird um folgenden Satz drei ergänzt:

Für Fahrten außerhalb des Gemeindegebietes, zu denen der/die Bürgermeister/in eingeladen hat, werden auf Nachweis die Fahrtkosten in voller Höhe erstattet.“

meine Ergänzung dazu und Gleichstellung lautet:

***Für Fahrten innerhalb/außerhalb des Gemeindegebietes, zu denen der/die Bürgermeister/in eingeladen hat, werden auf Nachweis die Fahrtkosten in voller Höhe erstattet.
Es wird nicht unterschieden ob Gesunde Menschen die mit dem eigenen PKW die Fahrt dahin erledigen können, oder ob es Menschen mit Geistige, Physische und/oder Körperliche Einschränkungen sind, welche Aufgrund ihrer Einschränkung ein Taxi und/oder ein Rollstuhl Taxi benötigen, und dadurch mehr kosten entstehen. Gesunde Menschen bekommen eine zur Zeit gültige Kilometer Pauschale. Menschen mit Geistige, Physische und/oder Körperliche Einschränkungen bekommen nach Vorlage der Taxi Quittung diesen vollen Betrag gut geschrieben/ wird übernommen.***

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Steffgen

Die Linke

Sprecherin der Landesarbeitsgruppe Grundeinkommen Niedersachsen